

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Verstärkte Zusammenarbeit beim Kampf gegen illegale Online-Inhalte](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Forderungen einer EU-Strategie zum Schutz von Bienen und Imkern](#) 3
- [Parlament setzt Steuerausschuss ein](#) 3
- [Empfehlungen im Kampf gegen Terrorismusfinanzierung](#) 4
- [Verpflichtender automatischer Informationsaustausch im Bereich der Besteuerung](#) 4

Rat der Europäischen Union

- [Tagung des Rates für Umwelt](#) 5
- [Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten](#) 5

Europäische Kommission

- [Heftige Kritik an den US-Handelsbeschränkungen für Stahl und Aluminium](#) 6

Sonstiges

- [Rechnungshofbericht zur Rolle erneuerbarer Energien in der ländlichen Entwicklung](#) 7
- [Ernennung von neuen RichterInnen des EuGH](#) 7
- [Gemeinsame Positionen zur Entsenderichtlinie](#) 8

In eigener Sache

- [Pädagogische Hochschule Tirol zu Besuch](#) 9

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 10

[Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen](#) 11

[Tagesordnungen der Institutionen](#) 12

[Impressum und Abbildungsverzeichnis](#) 12

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Verstärkte Zusammenarbeit beim Kampf gegen illegale Online-Inhalte

Am 1. März veröffentlichte die Kommission [Empfehlungen](#) zum Umgang mit illegalen Online-Inhalten. Sie empfiehlt eine Reihe operativer Maßnahmen, die von den Mitgliedstaaten und BetreiberInnen von Online-Plattform zu ergreifen sind. Die vorgeschlagenen Maßnahmen haben ihren Ausgangspunkt in der [Mitteilung](#) der Kommission vom September 2017, die mehr Verantwortung für Online-Plattformen fordert.



Auf Grund des verstärkten Auftretens von illegalen Inhalten im Internet wie fremdenfeindliche und rassistische Botschaften, die zu Hass und Gewalt aufrufen, sowie terroristischer Propaganda, sollen Online-Plattformen in Zukunft ihre gesellschaftliche Verantwortung intensiver wahrnehmen. Die Kommission zielt diesbezüglich auf die engere Zusammenarbeit zwischen Online-Plattformen, HinweisgeberInnen und Strafverfolgungsbehörden ab.

Die Empfehlungen haben zum Ziel, durch den verstärkten Miteinbezug von Online-Plattformen die Verbreitung von illegalen Online-Inhalten zu verhindern sowie eine effektive Bekämpfung von Hassbotschaften im Web und den Kampf gegen Terrorismus zu verstärken.

Bei den vorgeschlagenen Maßnahmen handelt es sich um Empfehlungen zur

effektiveren Erkennung und Meldung von illegalen Inhalten wie terroristischer Propaganda oder Aufrufen zu Hass und Gewalt. Zentral ist hierbei die Effektivität des „Melde- und Abhilfeverfahrens“, mit dem nationale Verbraucherschutzbehörden illegale Inhalte melden und ihre Entfernung beantragen können. Die BetreiberInnen sollen hierzu einfache und transparente Regeln für die Meldung illegaler Inhalte festlegen.

Weiters sollen ernstzunehmende Verletzungen wie Aufrufe zu terroristischen Handlungen innerhalb von einer Stunde gelöscht und deren erneutes Auftauchen verhindert werden. Hierbei sollen die Plattformen Maßnahmen ergreifen, die NutzerInnen davon abhalten sollen, illegale Inhalte erneut hochzuladen.

Die Folgemaßnahmen zu den Empfehlungen werden vor allem von ihrer proaktiven Umsetzung durch die BetreiberInnen von Online-Plattform abhängen. Die Kommission wird in den kommenden Monaten die Effizienz der Löschung von illegalen Online-Inhalten durch Online-Plattformen überwachen und behält sich bei mangelnder Wirksamkeit weitere Maßnahmen wie einen Legislativvorschlag vor.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Forderungen einer EU-Strategie zum Schutz von Bienen und Imkern

Die Abgeordneten fordern in einer [Entschließung](#) dazu auf, mehr Mittel für den Schutz der Bienengesundheit und den Kampf gegen Honigverfälschung aufzubringen. Weiters fordern sie mehr direkte Unterstützung für ImkerInnen.

Um die schrumpfenden Bienenbestände wieder aufzustocken, fordern die ParlamentarierInnen einen EU-weiten Aktionsplan zur Bekämpfung der Bienensterblichkeit sowie die Förderung von Zuchtprogrammen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegenüber invasiven Arten, insbesondere der Varroamilbe.

Weiters fordern die Abgeordneten ein Verbot aller Pestizide mit nachgewiesenen negativen Auswirkungen auf die Bienengesundheit und

verstärkte Forschungsbemühungen für innovative Medikamente für Bienen.

Um den Import von Honig, der nicht den EU-Standards entspricht, zu verhindern, sollen Kontrollen an den Grenzen sowie die Kontrollen im Binnenmarkt harmonisiert werden und die Anforderungen an die Rückverfolgbarkeit verschärft werden.

[Mehr Informationen](#)

Parlament setzt Steuerausschuss ein

Das Europäische Parlament hat am 1. März einen [Steuer-Sonderausschuss](#) eingesetzt. Er wird sich mit Themen wie Finanzkriminalität und Steuerhinterziehung beschäftigen und die Auswirkungen des Brexit auf den Steuerwettbewerb in Europa beleuchten.

Die Einrichtung geht auf die Enthüllungen der "Paradise Papers" im vergangenen Jahr zurück. Der Sonderausschuss wird demnach auch die kürzlich abgeschlossene [PANA-Untersuchung](#) sowie die Arbeit der Ausschüsse [TAXE 1/2](#) fortsetzen.

In Bezug auf den Austritt des Vereinigten Königreichs (VK) wird der Ausschuss steuerspezifische Ergänzungen zum Brexit-Vertrag vorschlagen. Hierbei sieht sich die EU der Problematik konfrontiert, dass sich das VK

nach dem Brexit als Steueroase etablieren könnte.

Der Ausschuss mit einer Mandatsdauer von einem Jahr wird aus 45 Mitgliedern bestehen. Diese werden im Rahmen der Plenarsitzung vom 12.-15. März in Straßburg bestimmt werden.

[Mehr Informationen](#)



Empfehlungen im Kampf gegen Terrorismusfinanzierung

Um die Einnahmequellen von Dschihadisten trocken zu legen, hat das Europäische Parlament am 1. März eine [Empfehlung](#) an den Rat und die Kommission abgegeben. Mitgliedstaaten sollen verdächtige Transaktionen und Organisationen besser verfolgen und ihre Informationen proaktiver weiterleiten.

Die Abgeordneten empfehlen deshalb die Einrichtung einer europäischen Plattform für Finanzinformationen zur Bekämpfung des Terrorismus. Dadurch sollen die Mitgliedstaaten Informationen zu zweifelhaften Organisationen und Personen bezüglich ihrer Transaktionen progressiver mit anderen EU-Mitgliedstaaten teilen können. Weiters sollen Banken dazu verpflichtet werden, dass Prepaid-Debitkarten ausschließlich über Banküberweisungen und persönlich

identifizierbare Konten nachgeladen werden können.

„Die Abschaffung von Finanzierungsquellen wie illegaler Handel mit Waren, Schusswaffen, Öl, Drogen, Zigaretten und Kulturgütern sei für die Bekämpfung des Terrorismus von entscheidender Bedeutung“, so die Abgeordneten in ihrer Begründung.

[Mehr Informationen](#)

Verpflichtender automatischer Informationsaustausch im Bereich der Besteuerung

Am 1. März 2018 hat der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) eine [Entschießung](#) bezüglich eines verpflichtenden automatischen Informationsaustauschs im Bereich der Besteuerung angenommen.

Die Entscheidung zum Kommissionsvorschlag, der einen verpflichtenden automatischen Informationsaustausch im Bereich der Besteuerung über meldepflichtige grenzüberschreitende Modelle vorsieht, wurde mit 50 zu 2 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen angenommen.

Mit den beschlossenen Änderungen fordern die Abgeordneten die Kommission auf, ihren Vorschlag dementsprechend zu ändern. Da das Parlament im vorliegenden Fall lediglich ein Anhörungsrecht besitzt.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Tagung des Rates für Umwelt

Die MinisterInnen für Umwelt debattierten am 5. März u. a. über die Folgemaßnahmen des [Aktionsplans zur Kreislaufwirtschaft](#). Österreich war durch Bundesministerin Elisabeth Köstinger vertreten.

Im Rahmen der Diskussion bezüglich des Aktionsplans zur Kreislaufwirtschaft standen die [Europäische Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft](#) und die [Schnittstelle zwischen Rechtsvorschriften für Chemikalien](#), Produkte und Abfälle im Mittelpunkt der Gespräche. Zentral war die Frage, wie die Verwendung von recyclebaren Kunststoffen in der EU gesteigert werden kann.

Weitere Tagesordnungspunkte waren u. a. die Erläuterung Kommissionsvorschlags für eine Verordnung zur Festsetzung von CO₂-Emissionsnormen für neue

Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge sowie ein Bericht zum kürzlich stattgefundenen [Europäischen Forum zu Öko-Innovationen für eine bessere Luftqualität](#).

Zudem befassten sich die MinisterInnen mit der Frage, inwiefern die umweltpolitischen Überlegungen des [Europäischen Semesters](#) bei der Durchführung der Umweltpolitik berücksichtigt werden müssen.

[Mehr Informationen](#)

Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten

Am 6. März kamen in Brüssel die VerteidigungsministerInnen der EU zu einer Aussprache zusammen. Österreich war durch Bundesminister Mario Kunasek vertreten.

Neben einer Diskussion über die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit ([PESCO](#)), führten die MinisterInnen eine Aussprache zur Umsetzung der [Globalen Strategie der EU](#) im Bereich [Sicherheit und Verteidigung](#). Hierbei standen die Diskussion über die koordinierte jährliche Überprüfung der Verteidigung, der [Europäische Verteidigungsfonds](#), [GSVP](#)-Partnerschaften und die laufenden Beratungen über die militärische Mobilität im Mittelpunkt.

Weiters evaluierte der Rat die Arbeitsweise des militärischen Planungs- und

Durchführungsstabs ([MPCC](#)) im Rahmen der Gespräche über die [Ausbildungsmissionen](#) der EU in der Zentralafrikanischen Republik, Mali und Somalia.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg informierte die MinisterInnen im Anschluss über die [Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO](#).

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Heftige Kritik an den US-Handelsbeschränkungen für Stahl und Aluminium

Nach der Ankündigung von Präsident Trump, zusätzliche Einfuhrzollsätze auf Stahl und Aluminium aus der EU einzuführen, gab die Kommission eine [Erklärung](#) ab.

Laut einer Untersuchung des US-Handelsministerium würde die Einfuhr von Stahl und Aluminium die nationale Sicherheit der USA bedrohen und Handelsbeschränkungen erfordern. Demnach sollen die Zölle auf importierten Stahl auf 25 % und auf Aluminium auf 10 % angesetzt werden, so Präsident Trump.

„Wir bedauern diese Maßnahme sehr, die offensichtlich die heimische Industrie der USA schützen soll und nicht aus Gründen der nationalen Sicherheit gerechtfertigt ist. Protektionismus kann nicht die Antwort auf

unser gemeinsames Problem im Stahlsektor sein“, so Jean-Claude Juncker am 1. März. In seiner Rede anlässlich der Matthiae-Mahlzeit in Hamburg am 2. März verwies Juncker ergänzend auf Gegenmaßnahmen wie Zölle, welche die EU selbst, wenn nötig, auf Produkte aus den USA erlassen werde. ([Handelsverteidigung](#))

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Rechnungshofbericht zur Rolle erneuerbarer Energien in der ländlichen Entwicklung

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) veröffentlichte am 1. März einen [Bericht](#) zum Potential der Verknüpfung von erneuerbaren Energien und den Strategien für den ländlichen Raum.

Demnach soll die EU weitere Anstrengungen unternehmen, um „die Synergien zwischen ihrer Politik im Bereich erneuerbare Energiequellen und den Strategien zur Entwicklung des ländlichen Raums zu nutzen“. Synergiepotentiale zwischen beiden Sparten bestünden, blieben aber ungenützt.

Diesbezüglich arbeitete der EuRH u. a. folgende Empfehlungen aus: Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollen demnach im

Bereich der erneuerbaren Energien den Bedarf in ländlichen Gebieten berücksichtigen sowie für die zukünftige Politik bezüglich der Bioenergie Schutzmechanismen einrichten, die eine nicht nachhaltige Gewinnung von Biomasse für die Energieerzeugung begrenzen.

[Mehr Informationen](#)

Ernennung von neuen RichterInnen des EuGH

Am 28. Februar 2018 ernannten die VertreterInnen der Regierungen der Mitgliedstaaten neun RichterInnen sowie drei Generalanwälte für den Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH).

Aufgrund des Auslaufens der regulären Amtszeit von RichterInnen des EuGH wurden im Rahmen der teilweisen Neubesetzung, die alle drei Jahre stattfindet, Stellen einerseits neu besetzt oder die aktuellen MandatsträgerInnen bestätigt. 9 RichterInnen sowie 3 Generalanwälte wurden am 28. Februar neu ernannt beziehungsweise in ihrem Amt bestätigt.

Im Oktober 2018 enden die Amtszeiten von 14 RichterInnen und fünf GeneralanwältInnen. Bis dahin müssen somit noch weitere fünf RichterInnen- sowie zwei Generalanwaltsstellen neu besetzt werden.

[Mehr Informationen](#)



Gemeinsame Positionen zur Entsenderichtlinie

VerhandlerInnen von EU-Parlament, Rat und Kommission erreichten eine Grundsatzeinigung über die Überarbeitung der [Entsenderichtlinie](#) und gaben am 28. Februar eine gemeinsame [Erklärung](#) ab.

Im Rahmen der 7. Trilogsitzung verständigte man sich auf „eine gemeinsame Haltung bezüglich der Eckpunkte einer möglichen Einigung über die Überarbeitung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern“. Hierbei soll bei einer Überarbeitung der Grundsatz des gleichen Entgelts für gleiche Arbeit am gleichen Ort im Mittelpunkt stehen. Weiters sind sich die Parteien einig, dass der Fokus auf mehr Rechtssicherheit für ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen liegen soll.

Auf bestimmte Details konnte man sich jedoch noch nicht einigen. So sieht der Kommissionsvorschlag zum Beispiel bei einer länger als 24-monatigen Entsendung die Übernahme des gesamten Arbeitsrechts des Aufnahmestaates vor.

[Mehr Informationen](#)



In eigener Sache

Pädagogische Hochschule Tirol zu Besuch

Zusammen mit MEP Herbert Dorfmann führte Dr. Richard Seeber eine interessante Diskussion mit einer Fortbildungsgruppe der Pädagogischen Hochschule Tirol (PHT) unter der Leitung von Eva Lichtenberger.





Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Die Maßnahme für das Europäische Kulturerbe-Siegel](#)

Kultur und Medien

02 März 2018 - 24 Mai 2018

[Public consultation on ecodesign requirements for standby, networked standby and off mode electric power consumption](#)

Energieeffizienz

02 März 2018 - 24 Mai 2018

[Exploratory Public Consultation on the establishment in the EU of Decisions relating to binding information in the field of customs valuation](#)

Berechnung von Zöllen, Zollverfahren, Int. Zusammenarbeit im Zollwesen

01 März 2018 - 01 Juni 2018

[Exchange of data to combat VAT fraud in the e-commerce](#)

Steuern

27 Februar 2018 - 25 April 2018

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung](#)

Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung

20 Februar 2018 - 31 Mai 2018

[Öffentliche Konsultation zur Europäischen Woche des Sports](#)

Gesellschaftliche Rolle des Sports, Öffentliche Gesundheit

19 Februar 2018 - 18 Mai 2018

[Öffentliche Konsultation zum Ökodesign und zur Energieverbrauchskennzeichnung von Kühlgeräten, Geschirrspülern, Waschmaschinen, etc.](#)

Energieeffizienz

13 Februar 2018 - 07 Mai 2018

[Öffentliche Konsultation zur Überprüfung der Definition von KMU](#)

Unternehmen und Industrie

06 Februar 2018 - 06 Mai 2018



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Industrie und KMU

Zusammenarbeit, Netzwerke, Drittländer	Call for Expressions of Interest - 'Business Cooperation Centres' in third countries for the Enterprise Europe Network (2015 - 2020)	No deadline	projektabhängig
Automatisierung, Industrie, Innovation, Autos, Forschung	Testing, validation and certification procedures for highly automated driving functions under various traffic scenarios based on pilot test data	04.04.2018	€ 6.000.000
Automatisierung, Industrie, Innovation, Autos, Forschung	Support for networking activities and impact assessment for road automation	04.04.2018	€ 3.000.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Elias Pirker

Abbildungsverzeichnis

Eigene Aufnahmen
[Europäische Kommission](#)